

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

13. Dezember 2007

Bundesweites Treffen am 2. Februar 2008,
Global Action Day am 26. Januar

Stopp der Zwangsverrentung und weiterer ALG II
Kürzungsanschlüge durch die Hintertür!

Militarisierung unseres Alltages? - Überall stoppen!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

beim bundesweiten Treffen des ABSP am 17. November in Nordhausen wurde die Vereinbarung getroffen, dass der Koordinierungskreis einen Entwurf für eine Programmatik des ABSP entwickeln solle. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir Euch leider noch kein umfassendes Ergebnis zur Begutachtung vorlegen. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die gesellschaftliche Diskussion über einen gesetzlichen Mindestlohn - vor allem über den in der Postbranche - und auch die Diskussion über eine Regelsatzerhöhung - vor allem anhand der Forderung nach einem realistisch bestimmten Kinderregelsatz durch die Sozial- und Arbeitsminister der Länder - sehr konkrete Formen angenommen hat. Damit dies nicht nur vorübergehende Erscheinungen sind - verursacht durch bevorstehende Landtagswahlen -, kann der richtige Schritt sein, dafür zu sorgen, dass die notwendigen grundlegenden Veränderungen nicht durch einen Verweis auf leere öffentliche Kassen wieder von der Tagesordnung gestrichen werden könnten. So ist es wahrscheinlich folgerichtig, dass am 17. November die Anwesenden des Treffens in Nordhausen vereinbarten, dass wir auf attac und ver.di zugehen sollten, um mit VertreterInnen dieser Organisationen über eine evtl. notwendige Aktualisierung der „Solidarischen Einfachsteuer“ (SES) zu sprechen. So könnte unsere Alternative zur aktuellen Politik, nämlich die Triade der Forderungen (siehe <http://www.die-soziale-bewegung.de/triade.html>, 10/30/500) durch Eckdaten einer anderen Steuerpolitik und Positionen zu Privatisierungen gefestigt werden. **Wir haben inzwischen Mitstreiter von attac auf das Thema „Solidarische Einfachsteuer“ angesprochen und werden Euch mitteilen, sobald es weitere Ergebnisse gibt.**

Außerdem haben wir in dieser Email wegen verschiedener aktueller Anlässe einen ausführlichen Absatz dem Thema der **Militarisierung der gesamten Gesellschaft und Widerstand dagegen aus Sicht der Sozialproteste** gewidmet. Dass „Außenpolitik (Bundeswehr)“ auf jeden Fall ein Thema der Sozialproteste sein solle, wahr ebenfalls Konsens beim Treffen am 17. November. Ebenso möchten wir Euch einladen, Gelegenheiten auszuloten, um bei Euch **vor Ort mit verschiedenen Bündnispartnern Aktivitäten zum Global Action Day** am 26. Januar 2008 vorzubereiten.

Der Inhalt dieser Rundmail:

- A) Global Action Day am 26. Januar 2008
- B) Bundesweites Treffen am Samstag, 2. Februar 2008 in Göttingen
- C) Stopp der „Zwangsverrentung“ und weiterer Alg II Kürzungsanschlüge durch die Hintertür, Unterschriftensammlung
- D) Militarisierung unseres Alltages? - Überall stoppen!

A Global Action Day am 26. Januar 2008

Auf dem letzten Welt-Sozial-Forum, welches vom 20. bis 25. Januar 07 in Nairobi (Kenia) stattfand, wurde verabredet, dass im Jahr 2008 kein zentrales Weltsozialforum stattfinden solle, sondern ein weltweiter Aktionstag am 26. Januar.

Wie in unserer letzten Rundmail angekündigt, fand am Sonntag, 25. November 07, gab es ein Vorbereitungstreffen für den Global Action Day im Haus der Demokratie in Berlin.

Die Ergebnisse, von Judith Dellheim zusammen gefasst, findet Ihr im Anhang dieser Rundmail (global-action-jdellheim.pdf). Zwar fanden sich dort nur wenige Menschen zusammen. Es ist aber bekannt, dass im gesamten Bundesgebiet Vorbereitungen für viele Aktionen bereits stattfinden. Gebt bitte Eure für den 26. Januar 2008 geplanten Aktivitäten an die gemeinsame und offene Mailingliste news.list at sozialforum2005.de bekannt. Eintragen in die Mailingliste:

<http://sozialforum2005.de/newsletter/print.html>

Wir schlagen vor, Beiträge für eine inhaltliche Breite und große Entschlossenheit der Aktionen unter ein sammelndes und zugleich kämpferisches Motto zu stellen:

„Für eine sozial gerechte, demokratische, friedliche und ökologisch verantwortungsvolle Gesellschaft statt Krieg, Umweltzerstörung, Überwachungsstaat und Ausgrenzung durch Armut!“

B 22. bundesweites Treffen am Samstag, 2. Februar 2008 in Göttingen

Wie in der letzten Rundmail angekündigt, wird das 22. bundesweite Treffen **in Göttingen stattfinden. Das Datum wird der 2. Februar sein.** (Achtung: Versehentlich hatten wir in der letzten Rundmail den 20. Januar 2008 als Termin für das Treffen angegeben. Dieser würde mit den sogenannten Perspektiventagen in Berlin kollidieren. Diese verstehen sich als Nachfolgekonferenz nach dem gemeinsamen Widerstand in Rostock/Heiligendamm. Daher haben wir uns als Kokreis des ABSP dem Aufruf angeschlossen und wollen allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern die Teilnahme terminlich ermöglichen – weitere Infos über die Perspektiventage vom 17.-20.01.2008: <http://www.perspektiventage.de>).

Das 22. bundesweite Treffen des ABSP wird am 2. Februar 2008 von 12:00 bis 17:00 Uhr im DGB-Haus in Göttingen, Obere Maschstraße 10, stattfinden.

Anfahrtbeschreibung: http://www.die-soziale-bewegung.de/mails/Anfahrt_DGB_Goe.pdf.

Sendet uns bitte bis zum 10. Januar Eure Wünsche und Anregungen für Themen und für die Tagesordnung zu. Kontakt über info@die-soziale-bewegung.de.

Wie üblich können wieder **Fahrtkosten bis zu 50 %** von uns aus einem Topf (Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, Homepage <http://www.labournet.de/stiftungMundA/index.html>) erstattet werden.

C Stopp der „Zwangsverrentung“ und weitere Alg II Kürzungsanschlüsse durch die Hintertür, Unterschriftensammlung

1. Die Bundesregierung plant, ältere Erwerbslose zu zwingen, ab dem 60. Lebensjahr mit Abschlägen von bis zu 18 % ihrer vollen Rente vorzeitig in den Rentenbezug gehen zu müssen. Zwar rudert die Bundesregierung inzwischen wieder zurück, Entwarnung ist aber nicht angesagt. Bis Ende 2007 gilt die sogenannte 58er Regelung, welche besagt, dass Erwerbslose ab dem 58. Lebensjahr die freie Entscheidung treffen können, ab dem 60. Lebensjahr ihren Rentenbezug mit Abschlägen anzutreten. Die 58er Regelung soll aber nicht verlängert werden. **Nun sollen ältere Menschen ab dem 63. Lebensjahr zu Verrentung mit Abschlägen gezwungen werden können. Dies ist natürlich nicht hinnehmbar! Außerdem versagt die CDU/CSU-Fraktion auch noch den Beschluss dieses Kompromisses im Bundestag, so dass zum Beginn des Jahres bis zu einem Bundestagsbeschluss im nächsten Jahr die automatische Zwangsverrentung ab dem 60. Lebensjahr gilt. Ebenso blockiert durch diese schmutzige Praxis die CDU/CSU-Fraktion den Beschluss der zugesagten Alg I-Verlängerung.**

Unser Standpunkt: Wir fordern, dass bis zum Regelrenteneintrittsalter (derzeit ist das das vollendete 65. Lebensjahr) der vorzeitige Renteneintritt mit Abschlägen eine Wahlmöglichkeit und kein Zwang für Erwerbslose ist. Auch die „Rente mit 67“ muss gestoppt werden, damit Erwerbslose wie Erwerbstätige nicht um große Teile ihrer Rente gebracht werden. Ganz im

Gegenteil muss das Regelrenteneintrittsalter (also das Renteneintrittsalter ohne Abschläge) schrittweise auf 60 Jahre herab gesetzt werden.

2. Statt endlich Erhöhungen des Regelsatzes zu beschließen, soll das Alg II auf Schleichwegen durch Verordnungen noch weiter gekürzt werden: Mehrwertsteuer und Inflation fressen den Regelsatz auf. Und jetzt geht es auch noch um Anrechnung von eingesparten Essenskosten, etwa bei Krankenhausaufenthalten, um Verschlechterungen für selbständige Aufstocker und um weitere Punkte. Links zu den Entwürfen für die Gesetzestexte und zu den Kommentaren von Harald Thomé (www.tacheles-sozialhilfe.de) findet Ihr hier:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/archiv.html#algII-verordnung2007>

→ Auf der Seite www.demos.owlgegensozialabbau.de findet eine Unterschriftensammlung gegen das Unrecht, die Essenskosten ("geldwerte Leistungen") z.B. bei stationären Krankenhausaufenthalten den Betroffenen vom Regelsatz-Bezug abzuziehen. Informiert Familienmitglieder, Freunde, Bekannte aber auch Nachbarn und KollegInnen über diese Protestaktion im Internet gegen Unmenschlichkeit. Nachdem in den letzten Monaten diese Praxis der Ämter durch Sozialgerichte in vielen Fällen für Unrecht befunden wurde, versucht das Ministerium dieses Unrecht durch eine Verordnung, nicht einmal durch ein Gesetz, in praktiziertes Recht umzuwandeln. Verschiedene Verbände planen eine Verfassungsbeschwerde. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat für den heutigen Donnerstag namentliche Abstimmung gegen das Inkrafttreten der Verordnung im Bundestag beantragt.

Diese Änderungen der ALG-II-Verordnung sind aber nicht die einzigen üblen Amtshandlungen des neuen SPD-Arbeits- und Sozialministers Olaf Scholz: Er hat ebenso in der EU weder den allgemeinen Entwurf für eine Arbeitszeitrichtlinie von 48 Stunden/Woche, noch die Ausnahmeregelung von 60 Stunden/Woche akzeptiert, sondern will eine weitere Öffnung der Höchst-Wochen-Arbeitszeit nach oben. Ebenso lehnte er die zeitliche Begrenzung auf 6 Wochen, bevor ein Leiharbeiter zu den Konditionen seiner regulär beschäftigten KollegInnen angestellt werden müsse, ab. Er forderte eine Frist für Anstellung mit schlechteren Konditionen von bis zu 6 Monaten! **Olaf Scholz, den die SPD als scheinbar unbeschriebenes Blatt als Nachfolger von Müntefering benannt hat, ist einer der wichtigsten Hardliner der Agenda 2010.** Er hält an der Richtigkeit der Agenda 2010 fest und will offensichtlich die Rechte der ArbeitnehmerInnen und der Erwerbslosen weiter einschränken: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2822>

D Militarisierung unseres Alltages? – Überall stoppen!

Am Mittwoch, dem 28. November 07, fand das sogenannte **Adventskonzert des Heeresmusik-korps der 1. Panzerdivision der Bundeswehr in der Marktkirche in Hannover** statt. Eine Gruppe von AntimilitaristInnen wollte es nicht hinnehmen, dass Militär in der Öffentlichkeit mehr und mehr zur Normalität wird. Sie verteilte Informationsblätter vor der Kirche, die auf den militärischen Charakter der Veranstaltung hinwiesen, und es stellten sich Leute vor das Orchester und den Altar mit einem Transparent mit dem Schriftzug: **"Aufrüstung mit Gottes Segen - Hand in Hand im Kriegseinsatz"**. Daraufhin wurden sie auf Veranlassung des Superintendenten der Kirche Hannover durch die Polizei aus der Kirche gedrängt, eingekesselt und in Gewahrsam genommen.

Es stellt sich jetzt vielleicht die Frage: „Was hat das mit den Sozialprotesten zu tun?“ Die bundesdeutsche Friedensbewegung hat in den letzten Monaten und Jahren oft mit der Parole mobilisiert: **„Rüstungs- statt Sozialabbau!“** Wir wollen die Befassung mit dem Thema „Krieg und Frieden“ noch weiter begründen: Immer deutlicher wird der Umbau unserer gesamten Gesellschaft, Schritt für Schritt weg von einer Gesellschaft, in der jeder Mensch selbstverständlich das Recht auf ein gutes Leben haben soll, hin zu einem aggressiven Gemeinwesen, in dem nur der dies Recht noch hat, wer seinen Beitrag leistet, damit es andere Nationen an die Wand drücken kann. Es entwickelt sich eine repressive Gesellschaft, in der nicht nur die Erwerbslosen einem gnadenlosen Repressionsapparat ausgesetzt werden und auch die Erwerbstätigen zunehmend unter Druck geraten, sondern es auch zur Normalität gehört, dass die wirtschaftlichen Interessen notfalls auch international militärisch durchgesetzt werden sollen. Beides sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

In diesem Sinne leiten wir den Offenen Brief der jungen Leute von der so genannten „Roten Aktion Kornstraße“ in Hannover an Euch weiter. Vielen von ihnen wird aufgrund ihrer antimilita-

ristischen Aktion Hausfriedensbruch vorgeworfen. Es geht also einerseits darum, dass solch eine couragierte Handlungsweise nicht kriminalisiert werden darf. Andererseits geht es uns darum, zu vermeiden, dass Militär und Krieg ein normaler Teil unseres Alltages wird. Darum rufen wir zur Solidarität mit den Menschen der „Roten Aktion Kornstraße“ auf und **bitten Euch, eine Protestmail an die Marktkirche zu senden, mit der Aufforderung, die Anzeige wegen Hausfriedensbruch zurückzunehmen.** Die Mailadresse findet Ihr im Offenen Brief, ein inhaltlicher Vorschlag für die Mail ist dieser Rundmail ebenfalls beigefügt. Dieser soll auch weiter verbreitet werden.

Dabei ist es für uns unmaßgeblich, dass die Aktion der jungen Leute in einer Kirche stattfand, wir würden diesen Solidaritätsaufruf auch versenden, wenn die Veranstaltung und entsprechend dann die Protestaktion in einer Schule, in einer Universität, der ARGE oder einem sonstigen offenen zivilen Bereich stattgefunden hätte. Wie wichtig dieser Protest inzwischen geworden ist, zeigen uns der Artikel „Klingenthal“ von German Foreign Policy (siehe Anhang), das Dokument „Bundeswehr auf Nachwuchsjagd“, das Ihr Euch unter www.die-soziale-bewegung.de/2007/bundeswehr-wegtreten/bwweg_nov2007.pdf ansehen könnt (**vielfältige und erfolgreiche Aktivitäten gegen das Breitmachen der Bundeswehr im öffentlichen Raum, vor allem gegen die Anwerbung von Erwerbslosen und SchülerInnen für die Bundeswehr**), und der unten eingefügte Abschnitt aus dem neuesten Newsletter der „Informationsstelle Militarisierung“ (IMI):

„Verteidigungs“minister Jung lässt auf dem Gelände seines Ministeriums in Berlin ein 41 Meter langes und zehn Meter hohes Ehrenmal für Bundeswehrsoldaten errichten, die bei Auslandseinsätzen zu Tode gekommen sind. „Den Toten zur Ehre, den Lebenden zum Trost“ (Bundesministerium der Verteidigung) und natürlich, um die ganze „Gesellschaft“ an ihre „Verpflichtung“ zu mahnen, die Toten „in bleibender Erinnerung zu behalten“.

Die Sanitätstruppe der Bundeswehr schickt ihre Ärzte in die Operationssäle des US-Army-Lazarettes von Landstuhl – zum Üben. Dort kommen seit Monaten immer mehr schwerstverletzte GIs aus Afghanistan und dem Irak an: „Soldaten ohne Arme und Beine, von Splintern durchsiebte Körper, bis zur Unkenntlichkeit verbrannte Menschen.“

In den deutschen Rüstungsschmieden werden auf Druck des „Verteidigungs“ministers Sonderschichten geschoben. Der Bedarf der Bundeswehr an gepanzerten Fahrzeugen kann kaum schnell genug gedeckt werden und auch die US-Armee sieht sich bei Rüstungskonzernen wie Krauss-Maffei-Wegmann um, weil sie so schnell als möglich 22.000 Militärfahrzeuge braucht, die gegen Minen und Sprengfallen geschützt sind.

Drei Meldungen vom Herbst 2007, die signalisieren: Die Bundeswehr soll auf einen langen Krieg am Hindukusch eingestellt werden.

Mit solidarischen Grüßen

Wolfram Altekrüger, Thomas Elstner, Peter Grottian, Teimour Khosravi, Michael Maurer, Margit Marion Mädler, Edgar Schu, Rainer Wahls, Roland Klautke, Pia Witte, Helmut Woda

→ Anmerkung: An Stelle von Thorsten Lux haben die Leute aus Gießen/Mittelhessen für die Zukunft Teimour Khosravi in den Koordinierungskreis (Kokreis) des ABSP entsandt. Wir bedanken uns bei Thorsten Lux herzlich dafür, dass er so lange Zeit dem Kokreis zugearbeitet hat, obwohl die zeitlichen Reserven schon lange sehr knapp waren.

Zu allen hier vorgestellten Themen kann im internen Forum des Aktionsbündnisses Sozialproteste diskutiert werden: <http://www.aktive-erwerbslose.de/forum>

Koordinierungsstellen (Email-Adressen, „ at “ bitte durch „@“ ersetzen):

Michael Maurer, maurer.jueterbog at t-online.de (Brandenburg); Thomas Elstner, thomas_elstner at web.de (Gera/Thüringen); Helmut Woda, Helmut.Woda at web.de (Karlsruhe); Margit Marion Mädler, MerlinsFee at aol.com (Ostwestfalen/Lippe); Teimour Khosravi teik1111 at gmx.de (Giessen/Mittelhessen); Pia Witte, witte at kabelmail.de (Leipzig/Sachsen); Rainer Wahls, Rainer.Wahls at mac.com, Roland Klautke, RolandKlautke at web.de (Berlin); Wolfram Altekrüger, W.Altekrueger at gmx.de (Sachsen-Anhalt)

Vernetzungsbüro:

Edgar Schu, E.Schu1 at gmx.de, 0551 9964381 (Göttingen)

Wissenschaftliche Beratung: Peter Grottian, pgrottia at zedat.fu-berlin.de

Ein-/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de